



## **Bürgerinitiative fordert sofortigen Stopp der Stadionplanung**

### **Stadt will Grundsteuer um 4,4 Millionen Euro erhöhen**

Oldenburg. Die Stadt Oldenburg will im kommenden Jahr aufgrund eines Haushaltsdefizits von 64 Millionen Euro die Grundsteuer anheben. Die Verwaltung drängt auf die Erhöhung, weil durch die 2019 beschlossene Abschaffung der Straßenausbaubeiträge der Stadt jährlich rund 2,5 Millionen Euro fehlen würden.

Die Bürgerinitiative KEIN StadionBau weist darauf hin, dass der Wirtschaftsplan der Stadiongeseellschaft ab dem Jahr 2029 einen Zuschussbedarf in ähnlicher Höhe ausweist, nämlich von jährlich rund 2,7 Millionen Euro. „Daraus folgt zwingend, dass die Stadt die Steuern spätestens 2029 nochmal erhöhen muss, um die zusätzlichen Verluste auszugleichen“, sagt Klaas Brümman von der Initiative und fordert den sofortigen Stopp der Planungen und aller Ausgaben für das zweite Fußballstadion: „Das Geld ist alle.“ Zudem werde sich die Haushaltslage weiter verschlechtern.

Die Grundsteuer betrifft alle. Sie wird zwar von Eigentümerinnen und Eigentümern eingezogen, aber auf Mieterinnen und Mietern umgelegt. Durch die Erhöhung rechnet die Stadt ab 2026 mit jährlichen Grundsteuereinnahmen von rund 36,6 Millionen Euro – etwa 4,4 Millionen mehr als im laufenden Jahr.

Derzeit gibt die Stadtverwaltung laut Brümman bereits 6,8 Millionen Euro aus, um das Grundstück an der Maastrichter Straße für den Stadionbau zu sanieren.: „Diese Kosten sind übrigens nicht in den bisher an die EU gemeldeten Zuschüssen für das Drittliga-Stadion enthalten.“

28. Oktober 2025

Für Rückfragen: Klaas Brümman, Tel. 0441 72508

**Zum Hintergrund**

Eigentlich hatten alle gedacht, die Pläne für einen Stadionneubau in Oldenburg seien längst im Papierkorb verschwunden. Aber nach seiner Wiederwahl kam Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD) im Frühjahr 2022 erneut mit seiner absurden Idee um die Ecke, eine Fußballarena direkt im Innenstadtbereich zu bauen. Innerhalb kurzer Zeit entstand eine Gegenbewegung, die sich einer sozial gerechten Stadtplanung und basisdemokratischer Kommunalpolitik, dem Schutz von Klima, Natur und Umwelt sowie einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld in Zeiten von Inflation, Krieg und Klimakrise verpflichtet fühlt. Längst sind in der Bürgerinitiative KEIN StadionBau nicht mehr nur die direkten Anwohnerinnen und Anwohner des vorgesehenen Baugeländes an den Weser-Ems-Hallen engagiert, die unter dem aus der Zeit gefallenem Prestigeprojekt des Oberbürgermeisters besonders leiden werden.